

Hamburg will weiter Brechmittel einsetzen

Europäischer Gerichtshof: Heftiger Streit um Auslegung des Urteils. Richter bezeichneten Zwangs-Verabreichung als Folter. Justizbehörde spricht von "Einzelfall".

Von Jens Meyer-Wellmann

Der Streit um den Brechmitteleinsatz gegen Drogendealer, die ihre Ware bei drohender Festnahme verschlucken, spitzt sich in Hamburg weiter zu. Obwohl der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte die zwangsweise Vergabe von Brechmitteln als Verstoß gegen das Folterverbot verurteilt hat, will Hamburg das Verfahren zunächst weiter anwenden. "Für mich ist derzeit nicht ersichtlich, ob aus dem Urteil Schlußfolgerungen für Hamburg zu ziehen sind", sagte Justizsenator Carsten Lüdemann (CDU). "Vieles spricht dafür, daß dort ein Einzelfall entschieden wurde, bei dem Art und Weise der Brechmittelvergabe als rechtswidrig erachtet wurde. Im Rahmen des rechtlich Zulässigen werde ich mich weiterhin für die Vergabe von Brechmitteln zur Beweissicherung einsetzen. Derzeit besteht keine Notwendigkeit, von der bisherigen Praxis abzuweichen." Lüdemanns Sprecher Henning Clasen sagt, man werde zumindest solange nichts an dem Verfahren ändern, bis das Urteil übersetzt und ausgewertet sei.

Bei GAL und FDP löste diese Ankündigung Empörung aus. GAL-Rechtspolitiker Till Steffen sagte, es sei ein "Unding", daß Hamburg eine Methode weiter anwende, die vom Europäischen Gerichtshof als Folter gebrandmarkt worden sei. Keinesfalls handle es sich um eine Einzelfallentscheidung. Zudem führe das Urteil dazu, daß auf diese Weise zutagegeförderte Drogen nicht mehr als Beweismittel verwendet werden könnten. "Die Justizbehörde gefährdet die Ermittlungsbemühungen der Polizei und stellt Dealern Freibriefe aus."

Der FDP-Rechtspolitiker und Bundestagsabgeordnete Burkhardt Müller-Sönksen sagte, es müsse "im Zweifel für die Menschenrechte" entschieden werden. "Wie sollen wir Putin und Guantanamo kritisieren, wenn wir selbst nicht über jeden Foltervorwurf erhaben sind?" Zudem drohten Hamburg umfangreiche Schmerzensgeldforderungen.

SPD-Innenpolitiker Andreas Dressel forderte, die Justizbehörde müsse "unverzüglich" die Relevanz des Urteils für Hamburg prüfen. Der Senator könne nicht "in die Sommerfrische fahren" und das Urteil liegenlassen, weil es ihm nicht gefalle. Die SPD behalte sich vor, eine Sondersitzung des Innenausschusses einzuberufen. Der Bundestagsabgeordnete der Linkspartei, Norman Paech, sagte: "Die Brechmittelvergabe muß sofort eingestellt werden." Zudem müsse ein Verfahren gegen die für den Tod des Afrikaners Achidi John Verantwortlichen eingeleitet werden, der Ende 2001 durch die zwangsweise Verabreichung von Brechmittel in Hamburg starb.

Justizbehördensprecher Clasen sagte, es sei noch nicht geprüft, ob Verdächtige, denen Brechmittel verabreicht wurden, nun Schmerzensgeldansprüche geltend machen könnten.

erschieden am 14. Juli 2006 HH Abendblatt

Weitere Artikel zum Thema:

- [Hamburg setzt weiter Brechmittel gegen Dealer ein](#) vom 14. Juli 2006